

Zürich, 26.02.2026

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Argumentarium mit Fokus Bauwirtschaft

1. Ausgangslage: Was will die Initiative?

Die SVP-Initiative fordert eine Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz auf maximal 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050, um Umwelt, Infrastruktur und Sozialwerke zu schützen. Bei Überschreitung einer 9,5-Millionen-Grenze müssten Bundesrat und Parlament Massnahmen ergreifen. Falls diese nicht Wirkung zeigen, müsste das Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU gekündigt werden. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Die Volksabstimmung findet am 14. Juni 2026 statt.

Der Vorstand von Bauenschweiz hat nach der Konsultation der Mitgliedverbände an seiner Sitzung vom 11. Februar 2026 klar die Nein-Parole gefasst und entschieden, die Haltung aktiv zu kommunizieren. Eine finanzielle Unterstützung eines Abstimmungskomitees ist wie bei früheren Parolenfassungen auf Grund des Jahresbudgets nicht möglich.

2. Argumente gegen die Initiative aus Sicht der Bauwirtschaft

- **Fachkräftebedarf:** Die Schweizer Bauwirtschaft übernimmt Verantwortung und setzt verschiedene Zielsetzungen sowie gesellschaftliche Herausforderungen um. Sie schafft Wohnraum, sichert Verkehrs-, Energie- und Wasserinfrastruktur oder leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Ressourcenziele, die Parlament und Volk verankert haben. Diese Aufgaben erfordern entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Planung über die Ausführung bis hin zur Herstellung von Baumaterialien – eine grosse Anzahl an Fachkräften. Gleichzeitig besteht heute schon ein ausgeprägter Fachkräftemangel. Um diesen nicht noch weiter zu verschärfen, ist die Bauwirtschaft auf eine stabile und geregelte Arbeitsmigration aus der EU angewiesen.
- **Wirtschaftsstandort:** Gerade in global unsicheren Zeiten ist es für die Schweiz unverzichtbar, stabile Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner zu haben. Auch für die Schweizer Bauwirtschaft sind stabile und vorhersehbare Beziehungen zur EU von enormer Wichtigkeit. Für die sichere Versorgung mit qualitativ hochwertigem Baumaterial sind geregelte Beziehungen zur EU unverzichtbar. Trotz eines sehr starken heimischen Marktes für Bauprodukte sind wir auf den Import von Bauprodukten angewiesen. Gemäss SECO wurde im Jahr 2023 Baumaterial im Wert von rund sechs Milliarden Franken aus der EU importiert und Baumaterial im Umfang von rund zweieinhalb Milliarden in die EU exportiert.

3. Weiterführende Informationen

- [Botschaft des Bundesrats](#)
- [Nein-Kampagne](#) unter dem Titel «Chaos-Initiative» (Kampagnenleitung Wirtschaftsdachverbände und FDP)